

01.05.2013 - EZB-Vermögensstudie

Untauglich für Ressentiments

von Birger Scholz

«Eine Debatte über die Neuverteilung der Lasten ist notwendig» fordert der *Spiegel* scheinheilig als Reaktion auf die Vermögensstudie der Europäischen Zentralbank. Diese hatte ergeben, dass der mittlere Wert (Median: 50% der Haushalte liegen darüber und 50% darunter) des Nettovermögens der Haushalte in Deutschland im Median bei 51.400 Euro liegt und damit deutlich niedriger als in Italien (173.500 Euro), Spanien (182.700 Euro) oder Zypern (266.900 Euro).

Dabei sieht das Bild beim Durchschnittsvermögen schon wieder anders aus. Hier holt Deutschland mit 195.000 Euro kräftig auf (Griechenland 147.800 Euro), liegt aber immer noch abgeschlagen hinter Spanien (291.400) oder Italien (275.200 Euro).

Was sind die Gründe für dies überraschende Bild? Die Studie zählt die private Altersvorsorge mit zum Vermögen. Da in Deutschland aber trotz aller Rentenkürzungen das Niveau der gesetzlichen Rente und Pensionen weit höher ist als in Südeuropa, sind die privaten Altersrücklagen relativ gering. Werden die Renten- und Pensionsansprüche in Deutschland hinzugerechnet, dann steigt das Nettovermögen deutlich an. Das DIW berechnete für das 2007 pro Erwachsenen (!) ein Anwartschaftsvermögen von 67.000 Euro. Pro Haushalt sind das grob geschätzt 100.000 Euro!

Ebenso spielt das verwendete Wohnsitzprinzip eine Rolle. Damit steigert der in Zypern wohnende russische Oligarch das Durchschnittsvermögen der Insel. Vor allem aber ist die unterschiedliche Wohneigentumsquote relevant. In Deutschland liegt sie bei 44%, in den südeuropäischen Ländern schwankt sie zwischen 68% und 83%. Im internationalen Vergleich sind die Immobilienpreise in Deutschland relativ niedrig, während sie in den Südländern durch Spekulation aufgebläht waren und sind. In Ländern ohne funktionierende Grundsicherung und ohne Mietwohnungsmarkt ist das selbstgenutzte Wohneigentum (neben der Familie) der beste Schutz gegen Obdachlosigkeit.

Vermögen muss also immer auch im Kontext von Einkommen und der Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter diskutiert werden. Denn was nützt ein spekulativ überbewertetes Haus, wenn das Einkommen bei Arbeitslosigkeit die Hypothekenzinsen nicht decken kann? Die fehlende oder unzureichende Grundsicherung in Südeuropa ist deshalb mitverantwortlich für die Aufblähung des Immobiliensektors.

Nach Angaben der Studie sind EU-weit 61% des gesamten Bruttovermögens selbstgenutztes Wohneigentum (in Südeuropa dürfte der Anteil höher sein, weil die Wohneigentumsquote über dem Durchschnitt liegt). Eine Anhebung der Grundsteuern ist daher einerseits naheliegend, andererseits kann sie ohne Freibeträge und bei progressivem Tarif für breite Bevölkerungsschichten in der Krise zum Problem werden. Auch eine einmalige Vermögensabgabe wäre in Zypern keine Lösung gewesen. Denn wer soll all die selbstgenutzten Wohnungen kaufen? In Frage käme nur eine ausländische Heuschrecke, die erstens weit unter Wert kaufen und zweitens eine ganze Gesellschaft in neokoloniale Abhängigkeit bringen würde.

Nicht zuletzt schränkt das völlig unterschiedliche Angebot an öffentlichen Gütern jeglichen Vergleich ein. Oder wie bewerten wir die kostenlose Bildung in Deutschland und die meist teure private Bildung in Zypern? Auch sind trotz der Privatisierungsorgien immer noch viele Wohnungen in Deutschland in öffentlichem Eigentum. Wie ist also das Nettovermögen des Staates zu bewerten?

Die niedrigeren Haushaltsgrößen in Deutschland gegenüber den Südländern verzerren die Aussagen weiter. Während in Deutschland die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,04 Personen beträgt, sind es in Spanien 2,68, in Italien 2,53, in Griechenland 2,64. Berechnen wir das Durchschnittsnettovermögen pro Haushaltsmitglied, dann liegt Deutschland mit 96.000 Euro nur noch knapp hinter Spanien und Italien mit 108.000 Euro. All dies schränkt die grenzüberschreitende Vergleichbarkeit der Haushaltsvermögen stark ein. Erfreulich ist aber, dass die nächste europaweite Befragung schon im nächsten Jahr geplant ist. Ich bin mir sicher, dass wir zwei Trends in Südeuropa sehen werden: Sinkende Vermögen und zunehmende Ungleichheit.

Viel interessanter als der europäische Vergleich ist das Ausmaß der enormen Ungleichheit in Deutschland. Wenn wir das hohe Durchschnittsvermögen durch das niedrigere Medianvermögen teilen, können wir den berechneten Quotienten als Maß der Ungleichheit nutzen. Denn je größer der Abstand zwischen beiden Vermögensgrößen, umso größer auch der Quotient. In den meisten europäischen Ländern liegt der Quotient zwischen 1,5 und 2, in Deutschland dagegen bei unerreichten 3,8.

Noch aussagekräftiger ist ein anderer Vermögensvergleich: Das mittlere Vermögen (Median) der reichsten 20% liegt in Deutschland 74mal höher als das mittlere Vermögen der ärmsten 20%. In Frankreich sind es nur gut 40mal. In Italien, Spanien, Griechenland oder den Niederlanden liegt diese Relation zum Teil weit unter 10. Neu sind diese Werte



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97

redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

für Deutschland nicht. Obwohl die reichsten 5% gar nicht abgebildet werden, zeigt die Studie im obersten Bereich eine noch stärkere Vermögenskonzentration als die letzte Erhebung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP, eine repräsentative Wiederholungsbefragung des DIW von über 12.000 Privathaushalten in Deutschland). Gute Argumente für eine Vermögensteuer in Deutschland, von der sich SPD und Grüne in Baden-Württemberg schon vor der Wahl deutlich distanzieren.